

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—

Mitteilung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 28. Juni 1923.

Nr. 148.

## Wie lange noch?

Die politische Atmosphäre Europas ist von Spannungen überladen, zugleich aber brüht über unserm Weltteil eine bleierne Unfähigkeit, der schönen altösterreichische Grundsatze „Es wird weitergeworfen“ scheint von allen Regierungen und Staatsmännern zum leitenden Prinzip erhoben worden zu sein.

Es gibt zwei große Gefahrenzonen innerhalb des Kontinents: das Industriegebiet an Rhein und Ruhr und der Nahe Osten. Und dem einen wie dem andern gegenüber verlagern die Kunststücke der Nachkriegsdiplomatie: die Konferenz von Lausanne tagt nun schon Wochen und Monate, ohne sich über wirtschaftliche und völkerrechtliche Fragen einigen zu können; was der eine Tag an Ergebnissen und Ausichten zeitigte, wirft der nächste über den Haufen; ultimative Drohungen, Schredschüsse, wie „Abbruch der Verhandlungen“, „Zusammenziehung von Truppen“, „Flottendemonstrationen“, tönen auf und verhallen wieder — es ist ein ermüdendes Sichdrehen im Kreise, dessen einziges „positives“ Ergebnis es ist, daß die beteiligten Gebiete das Fieber der Erregung nicht los werden und deshalb zu keinem zielbewußten Aufbau gelangen.

Ueber das Industriegebiet tagt keine Konferenz, das hohe Glück, als verhandlungsfähiger Gegner zugelassen zu werden, das man den Kulturträgern aus Angora gewährte, ist den deutschen „Barbaren“ und „Sunnen“ nicht zuteil geworden und dementsprechend bewegt sich die Lösung des Ruhrkonfliktes erst recht im Schnecken tempo dem Ziel entgegen. Ein Apparat von geradezu schreckenerregender Schwereffizienz kriecht da langsam und unsäglich mühevoll einen schroffen Fels hinan, indes blühende Fabrikanlagen absterben, Bergwerke und Eisenbahnen feiern, hunderttausende Arbeiter ohne Beschäftigung oder gar vertrieben außer Landes schon hier auf Erden ein martevolles, Dantes Phantasia hinter sich lassendes Inferno mitmachen. Als wäre dieses gehäufte Elend nicht vorhanden, verstreichen zwischen Abfassung und Versendung jeder „Note“ und jedes „Memorandum“ kostbare Wochen, jeder Antwort gehen nicht enden wollende Erwägungen, Besprechungen und Verhandlungen voraus, der kleinste Schritt, in welchem Lande immer er getan wird, stellt ein Kompromiß zwischen den überall im Inneren tobenden Gegensätzen dar. Aktiv erweist sich eigentlich nur, indem er den Druck ins Unerträgliche steigert, der eine Poincaré; der abgedankte Theunis, Baldwin, Mussolini und vor allem Herr Cuno kommen aus dem ewigen Zögern und Zaudern nicht hinaus.

Aber der Zeitgewinn, den sich diese Staatsmänner aus ihrem Verhalten versprechen, bringt keines der Probleme, an dem sie da herumkugeln, irgendwie der Lösung näher. Solange der Ruhrkonflikt dauert, ist an eine wirtschaftliche Stabilisierung des britischen Weltreiches nicht zu denken und ebensowenig kann Baldwin hoffen, daß in dieser Zeit die militärische Hegemonie Frankreichs auf dem europäischen Festland aufhört oder daß sich Englands außereuropäische Sorgen derart klären, um sich mit Frankreich, energisch und ungehemmt von wichtigen Rücksichten auseinanderzusetzen zu können. Was England morgen oder übermorgen wird tun müssen, wenn nicht das Chaos ganz hereinbrechen soll, kann es heute ebenso wagen und man sollte meinen, daß es im Laufe der letzten Monate Zeit genug hatte, die äußersten Grenzen des ihm möglich Scheinenden genau abzustecken. Notwendige Entscheidungen hinauszu schieben, ist nicht Zeichen politischer Klugheit, sondern von Schwäche und Planlosigkeit, und dieses Urteil trifft in verstärktem Maße auf die bisherige Tätigkeit der Regierung Cuno zu, denn sie trägt die Verantwortung für Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes.

Von keinem der Posten, die in der Rechnung des Reichskanzlers eine wichtige Rolle spielen, kann man annehmen, daß er sich beträchtlich zu Deutschlands Gunsten verschieben

## Lärmjahren im Abgeordnetenhaus.

Protest gegen das famose Urteil des Wahlgerichts.

Prag, 27. Juni 1923. Nach längerer Pause, die mit dem Schluß der Koalitionsparteien um die wenigen in der schon sommerlich gewordenen Frühjahrsession zur Verhandlung gelangenden Gesetzesanträge ausgefüllt war, verformelten sich gestern die laut Entscheidung des Wahlgerichtshofes „unpersönlich“ und zu bloßen Nummern gewordenen Gesetze, um die von der Petitionen genehmigten Vorlagen in Beratung zu ziehen. Bei unserem Parlamentssystem ist die Art der Beratungen eine natürlich wiederum sehr zweifelhafte. In rascher, geradezu vorgerückter Weise müssen eine ganze Reihe von Vorlagen wichtiger Art — wir wollen nur als die bedeutungsvollsten hervorheben: Das Gesetz über die Verlängerung der Annahmefrist der Kriegsbeschädigten, das Gesetz über die Krankenlasten, das Gesetz über Errichtung eines 50-Millionen-Fonds als Grundlage der kommenden Versicherung gegen Elementar Katastrophen, der 20-Millionen-Kredit für Arbeitslose, das Gesetz über den Handelsverkehr mit dem Auslande, welchem in Anbetracht der Konflikte mit Frankreich, Belgien, Holland besondere Bedeutung zukommt, und schließlich das Gesetz über die Gebührenerleichterungen bei Fusionierungen von Aktiengesellschaften, welches bei der Krise vieler Exportunternehmen, die durch Fusionierung ihrer Katastrophe entgehen wollen, ebenfalls nicht unbedeutend ist, — der Erledigung zugeführt werden. Diese große Anzahl von Gesetzen soll in einer (der morgigen) Sitzung erledigt werden. Natürlich geht es ohne gekürztes Verfahren nach Paragraph 55 der Geschäftsordnung nicht ab. Das gekürzte Verfahren ist überhaupt zum Sinnbild unseres Parlamentarismus geworden.

Auch die heutige Sitzung zeichnete sich durch Kürze aus. Zugleich mit dem Präsidenten Tomasek betrat auch nach längerer Abwesenheit Ministerpräsident Svehla den Saal, was den Koalition Anlaß gab, sich um ihren Herrn und Meister zu sammeln, jeder wollte der erste sein, ihm die Hand zu drücken, kurz, um mit der Parlamentskorrespondenz zu reden, „ihm heiß und herzlich zu begrüßen“. Den Ovationen für Svehla wurde aber ein unangenehmes Ende bereitet.

Die Abgeordneten der tschechisch-sozialistischen Partei erschienen nämlich anlässlich des großen „Sieges“, den sie beim Wahlgerichtshof erfochten haben, in demonstrativer Weise mit rot-weißen Ketten geschmückt, im Beratungssaal, um bei der Leistung des Urteils der vier neuen Mandats-„Inhaber“ zugegen zu sein. Stolz marschieren diese allerersten „Volksvertreter“, die Herren Zahorsky, Mikulas, Jezek und

die Frau Bobzimek zum Präsidentenstuhl, um den Abgeordneteneid in die Hände des Präsidenten Tomasek abzulegen. Dieser reichte seine Rechte den neuen Abgeordneten, während seine Linke bereits gezwungen war, feste die Glocke zu schwingen.

Während des Geläutens begannen nämlich die kommunistischen Abgeordneten in heftigen Protestrufen gegen den „Wahrpruch“ des Wahlgerichtshofes zu protestieren.

Es regnete Pfuirufe gegen den Wahlgerichtshof und man hörte auch Rufe wie „Das Begräbnis der Demokratie“, „Das war der Bötska letzter Streich“, „Löst das Haus auf“, „Schreibt Neuwahlen aus“ usw. In großem Getöse verließen die kommunistischen Abgeordneten den Saal.

Auch von den Banken der anderen Oppositionsparteien wurde dem Unmut gegen das Urteil des Wahlgerichtshofes laut Ausdruck gegeben. Insbesondere waren es die deutschen Sozialdemokraten, die in heftiger Weise ihrer Empörung über die auf alle Gebiete des staatlichen und politischen Lebens eindringende Pölsdiktatur Ausdruck gaben. Genosse Cermak rief zu den Koalitionsparteien gewendet:

„Die Justiz habt Ihr in den Dienst der Politik gestellt!“

Andere Genossen riefen: „Eine saubere Rechtspflege in diesem Staat“, „Gestohlene Mandate“. Mitten im Lärm betrat Abgeordneter Stenzl, der Mandatsnachfolger Baerans, die Estrade, um das Gelöbnis abzulegen. An den Tischen der Präsidententribüne erwartete ihn bereits der tschechisch-nationale Gewerbetreibende Abgeordneter Mlsoch, der seinem Kollegen von der deutschen Gewerkepartei beinahe um den Hals gefallen wäre. Er drückte ihm treu und wieder die Hand. Was die deutschnationalen Wähler des Herrn Stenzl, denen die deutschen Sozialdemokraten als nations- und treulose Gesellen geschilbert werden, zu dieser Freundschaft wohl sagen werden?

Inzwischen betrat auch Slinka den Beratungssaal und machte eine Bemerkung über die neuen nationaltschechischen Abgeordneten, worauf ihm zugerufen wurde: „Salts Maul“, was zu einem lebhaften und ungestümen Wortwechsel zwischen den tschechischen Nationalsozialisten und slowakischen Volksparteilern Anlaß gab.

Sierauf schritt das Haus zur Verhandlung der Tagesordnung. Das Gesetz über die allgemeine Erwerbsteuer wurde in zweiter Le-

sung angenommen und dem Antrage des Immunitätsausschusses auf Nicht-Anslieferung des Abgeordneten Růssky und Bobol stattgegeben. In einer zweiten formellen Sitzung wurden die im Eingang unseres Berichtes erwähnten Gesetzesanträge den Ausschüssen mit einer 24stündigen Berichterstattungsfrist zugewiesen. Abgeordneter Konecny, der zum Spezialisten für Immunitätsangelegenheiten geworden ist, waltete noch einmal seines Amtes und beantragte, den Abgeordneten Dr. Schollich ebenfalls nichts auszuliefern. Diefem Antrag stimmte das Haus zu und nachdem noch an Stelle des verstorbenen Beisitzers des Wahlgerichtshofes Dr. Arthur Zedl, Dr. Otto Hartig, gewählt wurde, konnte Präsident Tomasek die Sitzung schließen.

### Auch die Koalition wird daran glauben!

Das Fehlurteil des Wahlgerichtshofes in Sachen Urbensky und Genossen wird sich gar bald als ein zweischneidiges Schwert erweisen. Vor einiger Zeit ist aus der slowakischen Volkspartei Abgeordneter Prahec ausgestiegen und hat eine neue koalitionsfreundliche christlichsoziale Volkspartei ins Leben gerufen. Die Partei Slinkas wird nun, wie wir erfahren, beim Wahlgerichtshof die Frage auf Aberkennung des Mandates des Abgeordneten Prahec einbringen.

### Der 6. Juli.

Der kommunistische Abgeordnetenklub hat sich an die Klubs aller sozialistischen Parteien gewendet, mit der Aufforderung, einen Antrag auf Erhebung des 6. Juli zum Staatsfeiertag zu unterschreiben. Einen ähnlichen Antrag bringen auch die tschechischen Nationalsozialisten ein.

### Aus der Präsidialkammer.

In der gestrigen Sitzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses wurde bekanntgegeben, daß die Regierung darauf Gewicht lege, daß die im Eingang unseres Berichtes erwähnten Gesetzesvorlagen noch in dieser Session behandelt werden müssen, und daß auch die Wahl des ständigen Ausschusses womöglich vorgenommen werden soll. Es wurde auch beschlossen, sämtliche Vorlagen im abgekürzten Verfahren zu erledigen und zwar im Laufe der nächsten Sitzung. Im Anschluß an die Entscheidung des Wahlgerichtshofes betreffend das Mandat Dr. Baerans wurde wegen der Frage der internen Diätenverrechnung beschlossen, eine Aenderung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Abgeordnetenhauses einzuholen. Das Präsidium behandelte schließlich noch einige Personal- und interne Angelegenheiten, um am Schluß seiner Sitzung die Tagesordnung der eingelassenen Interpellationen vorzunehmen. Es wurden jedoch nur einige Fälle behandelt. Mit Rücksicht auf den Beginn der Plenarsitzung wurde die Beratung einer ganzen Reihe von Interpellationen auf die nächste, heute stattfindende Präsidialsituation verschoben.

wird. Auch der entschlossenste englische Staatsmann wird nicht den Deutschen zuliebe das Tischuch zwischen sich und Frankreich zerschneiden, weil das siegreiche, bis an die Zähne bewaffnete Frankreich militärisch und diplomatisch in und außer Europa zu viele Trümpe in Händen hat, als daß es in allen Erdteilen so mächtig interessierter Staat wie Großbritannien es wagen könnte, sich solche Feindschaft aufzuladen, und ebensowenig wird England aus purem „Mitleid“ auf seinen Anteil an den Reparationen verzichten. Ein französisch-englisches Kompromiß, dessen Grundlage nicht von Deutschland geschaffen wird, muß deshalb voll und ganz auf Deutschlands Kosten gehen.

Oder meint etwa Herr Cuno, die Gegenätze im Innern zu einer gemeinsamen Parole zusammenfassen zu können? Ein Blinder muß sehen, daß nie in dem furchtbaren Nachkriegsringen Deutschlands die Meinungen und Bestrebungen so schroff und unveröhnlich gegeneinander gestanden sind. Die Geister haben sich klar geschieden, ein Burgfriede zwischen den Besannern der Republik der deutschen Einheit, des deutschen Leistungs- und Friedenswillens auf der einen und den höferrfüllten Propheten der Vergeltung, der militärisch-bürokratischen Monarchie und der Kleinstaaterei auf der anderen Seite liegt außer jedem Bereich des Möglichen. Der passive Widerstand im Ruhrland fand die begeisterte Zustimmung der Arbeiterkraft, ja, er

ward aus ihrem innersten Wollen heraus geboren, solange er die Abwehrbereitschaft eines ganzen Volkes gegen Ueberfall und brutale Gewalt zu dokumentieren hatte. Wenn ihn aber die Besitzenden zur Mauer herabzuwürdigen gedenken, hinter der sie ihr Geschäft der schauwinzigen Aufpeisung, der Spekulationsgewinne, der Hege gegen Republik und soziale Errungenschaften doppelt sicher betreiben, so kann das deutsche Proletariat fernerhin nicht mehr gewillt sein, mit seinem Blut und Glück einen Widerstand aufrecht zu erhalten, der alle Vorteile und Chancen dem unveröhnlichen Klassenfeind in den Schoß wirft.

Die Arbeiterkraft des Reiches muß, wenn sie sich den Ertrag von Cunos Regierungskunst — die dahinsirrende Markkatastrophe, die unsägliche Tenierung, die Proletarisierung von neunundneunzig Hundertsteln der Einwohnerschaft, den lähmenden Stillstand der außenpolitischen Verhandlungen — vor Augen hält, entschieden fragen: „Wie lange noch?“ Wie lange noch gedenkt man der Geldentwertung mit halben Maßnahmen zu begegnen, während Stinnes, der „Deutsche“, den Zusammenbruch fördert, wie lange noch der Privatwirtschaft zuliebe den Staatshaushalt zugrunde zu richten, wie lange noch pathetisch über die Grenzen hinüber zu deklamieren, wo ein klares, doch festes und würdiges Anbot die dringendste Forderung der Stunde ist? Gewiß kann es Deutschlands Stellung nicht stärken;

wenn gerade jetzt eine Ministerkrise ausbricht, und darum kann sich die Deutsche Sozialdemokratie nur schweren Herzens einschließen, die Schicksalsfrage zu stellen, aber „die Politik des Abwartens hat“, wie Genosse Breitscheid in der Mittwochnummer der „Arbeiterzeitung“ ausführte, ihre Grenze, und wenn der ständige Druck auf die Regierung nicht mehr ausreicht, um ihre Richtung und ihr Tempo zu beeinflussen, dann bleibt der Sozialdemokratie nichts anderes übrig, als dem Kabinett sowohl wie den bürgerlichen Parteien klarzutragen das Programm vorzulegen, das nach ihrer Ueberzeugung einen Ausweg aus der gegenwärtigen unerträglichen Situation eröffnet und ihr weiteres Verhalten von der Aufnahme, die es hier wie dort findet, abhängig zu machen. Sie spricht damit zugleich die Bedingungen aus, unter denen sie eine Mitverantwortung in einer neu zu bildenden Regierung übernehmen könnte, sie bekundet aber auch, ohne Ministerstürzerei zu treiben, ihren Entschluß zu grundsätzlicher Opposition gegen jeden, der sich weigert, dem berechtigten Verlangen der Arbeiterkraft Rechnung zu tragen. Es muß sich dann herausstellen, ob und wie lange man gegen die Sozialdemokratie zu regieren vermag. Auf die Dauer ist der Entscheidung in der Frage, ob Stinnes und die Nationalisten oder die Rücksichten auf die Interessen der arbeitenden Massen das Schicksal Deutschlands bestimmen sollen, nicht auszuweichen.“

**Dolansky hat keinen Grund, irgend etwas zu verfügen . . .**

Die Antwort des Justizministers auf die Interpellation der Abgeordneten Dr. G. Sch. Dr. Paas, Tanb und Genossen betreffend die Uebergriffe der Staatsanwaltschaften bei der Konfiskation von Druckschriften, die sich mit der Beschlagnahme der Nummer 12 der periodischen Druckschrift „Veelo“ beschäftigt, besagt u. a.:

Inbesondere macht ich neuerlich darauf aufmerksam, daß es sich nicht nur um eine Kampfanlage gegen die privatskapitalistischen Unternehmungen gehandelt hat, sondern auch um die Verbreitung beunruhigender Gerüchte und um die Verdorfung von Unruhe in der Bevölkerung. Sofern es sich um die Anwendung des § 302 St. G. handelt, die übrigens auch vor dem Kriege keineswegs gar so selten war, gegen die sich die Herren Interpellanten beschwerten, so ist es nicht notwendig, den Staatsanwaltschaften irgendwelche Weisungen zu geben. Es ist nämlich inzwischen durch das Gesetz betreffend den Schutz der Republik vom 19. März 1923, S. d. G. u. V. Nr. 50, eine Änderung des Rechtsstandes eingetreten, da der Tatbestand des § 302 St. G., soweit es sich um die Aufreizung zu Feindseligkeiten oder zu feindseligen Parteinennungen einzelner Klassen der Bevölkerung gegeneinander handelt, ist in das neue Gesetz nicht übernommen worden. Da bereits auch an einem neuen Preßgesetz gearbeitet wird, erscheint den Wünschen der Interpellanten in dieser Richtung entsprechen zu sein, und es liegt daher kein Grund vor, irgend etwas weiteres zu verfügen.

**Das Vorgehen der Prager Polizei.**

Eine von den tschechischen Sozialdemokraten und den tschechischen Nationalsozialisten eingebrachte Interpellation Nemeč behandelt das Vorgehen der Prager Polizei gegenüber der fortschrittlichen Studentenchaft. Die Interpellanten fragen: 1. Hat die Regierung eine Untersuchung in dieser Sache eingeleitet? 2. Ist die Regierung bereit, gegen einzelne Organe, die für die Zusammenkünfte die Schuld tragen, streng einzuschreiten? — Wie wir erfahren, dürfte Minister Malypetr, in dessen Kompetenz als Innenminister die Prager Polizei fällt, diese Anfrage in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses beantworten.

**Gesetzesanträge der Regierung.**

Zur Einlaufe der gestrigen Sitzung befand sich das Gesetz, mittels welchem ein nachträglicher Kredit zur Unterstützung der Arbeitslosen bewilligt wird. In Durchführung des Gesetzes über die Unterstützung der Arbeitslosen vom 12. August 1921, wird für das Jahr 1923 über den Betrag hinaus, der im Staatsvoranschlag für das Jahr 1923 ausgewiesen ist, ein weiterer Betrag von 220 Millionen Kronen bewilligt. Der Finanzminister wird beauftragt, den Kredit zu beschaffen und der Minister für soziale Fürsorge hat das Gesetz zur Durchführung zu bringen.

Ein weiterer Gesetzesantrag sieht die Verlängerung des Krankenkassengesetzes vom 22. Dezember 1920, welches am 30. Juni abläuft, bis 31. Dezember 1923 vor.

Durch einen dritten Gesetzesantrag wird beim Landwirtschaftsministerium ein Fond für Zwecke der öffentlichen Elementarversicherung im Betrage von 50 Millionen Kronen geschaffen. Dieser Betrag soll als Grundlage für die durch ein weiteres Gesetz zu schaffende öffentliche Versicherung gegen Elementarschäden dienen. Sollte diese gesetzliche Regelung nicht erfolgen, so soll der ausgeworfene Betrag zur Unterstützung der im Jahre 1923 von Elementarschäden betroffenen Gegenden Verwendung finden.

Ein vierter Gesetzesantrag endlich regelt die Gebühren- und Steuererleichterungen bei Fusionen von öffentlichen oder rechnenden Gesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Kommanditgesellschaften. Die Regierung verfolgt mit diesem Antrag den Zweck, die Vereinigung einzelner Unternehmungen zu großen Betrieben zu erleichtern, da diese eher in der Lage sind, ihre wichtige volkswirtschaftliche Leistung zu erfüllen. Die Regierung anerkennt, daß durch die bisherige Art der Einhebung dieser Steuern die wirtschaftlichen Vorteile, welche die Fusionierung von Betrieben bietet (Vereinfachung der Regie, Ermöglichung einer regelmäßigeren Beschäftigung der Arbeiterschaft, zweckmäßigere Organisation der Arbeit, die in Anbetracht des steigenden Kurzes der Krone besonders bei Ausfuhrbetrieben nötig ist, wo es auf die Aufzucht und Aufrechterhaltung des Handelsverkehrs mit dem Ausland ankommt) aufgewogen werden und legt deshalb einen Gesetzesantrag vor, der sowohl auf dem Felde des Gebührensystems und des Umsatzsteuerrechts als auch auf dem Felde der Abgaben und der Verzuwachssteuer jene Transaktionen erleichtern will, welche das Gesetz im Sinne hat.

**Der lakonische Udrjal.**

Die Antwort des Ministers für nationale Verteidigung auf die Interpellation der Abgeordneten H. Foll, Th. Hadenberg, Rud. Heeger und Genossen betreffend den eigenmächtigen Gebrauch der Schutzwaffen und Tötung des 18-jährigen Max Kinsl durch Soldaten der Garnison Fremdenbatalion besagt: Das Urteil des Ostmilitär-Divisionsgerichtes Nr. Dir. 5506-22, das über die angeklagten Soldaten am 15. Februar d. J. verhängt worden ist, ist bis auf 6 Angeklagte rechtskräftig, die gegen die Nichtverkennung der bedingten Verurteilung Berufung eingelegt haben.

**Die Anarchie in Bayern.**

München, 27. Juni. Im Landtag erklärte der Sozialdemokrat Dill zur Rede des Ministerpräsidenten Anisling, daß seine Fraktion den Etat des bayerischen Innenministeriums ablehne, darunter die bayerischen Gesandtschaften in den deutschen Bundesstaaten mit Ausnahme des Gesandten bei der Reichsregierung. — Ein Staatskommissär der Regierung habe eine militärische Uebung der Nationalsozialisten inspiziert und sei immer noch im Amte. Die Behörden haben von den Sozialdemokraten sogar verlangt, daß sie den Wortlaut der Rede vorlegen, die bei der Enthüllung eines Denkmals für den sozialdemokratischen Führer von Volkmar gehalten werden soll. Die öffentlichen Zustände in Bayern seien anarchisch. (An dieser Stelle der Rede kam es zu Lärmereien.) Anisling habe die Rede in der Paulskirche sabotiert. Sanitätsrat Dr. Wittinger organisiere den öfterreichischen Selbstschutz, um einen bayerischen Alpenstaat herbeizuführen. Dieser Dr. Wittinger führe mit dem Herrn von Rahr den Bund „Bayern und Reich“, den die Regierung fördere.

In der Stadt Ulm kam es zu Zusammenstößen zwischen bayerischer Reichswehr und württembergischen Sozialisten, wobei die Reichswehr eine Wirtschast plünderte. Es gab eine Menge Verletzte, ein großes Polizeiaufgebot mußte Ordnung schaffen.

**Neue Todesopfer an der Ruhr.**

Berlin, 27. Juni. (Eigenbericht.) Das Nordregiment der Franzosen und Belgier hat in den letzten Tagen, wie nun gemeldet wird, noch einige Opfer gefordert. In Goldbeck wurde der Flickschuster eines Krankenhauses getötet, am 25. d. wurde ein Passant erschossen, eine Frau wurde bei der Gartenarbeit so schwer verletzt, daß sie bald starb. In Horst wurde ein Votec der Zeche „Nordstern“ ebenfalls erschossen.

**Das Attentat auf unser Bruderblatt in Münster.**

Berlin, 27. Juni. (Eigenbericht.) Von parteigenössischer Seite erhält der „Vorwärts“ eine Schilderung der Folgen des Attentates auf unser Bruderblatt in Münster. Die Rotations- und Seymaschinen sind vollständig zerstört, von den Schriften konnte nur wenig gerettet werden. Das Druckereigebäude wird nur zur Hälfte für den Neuaufbau verwendbar sein. Der Schaden beträgt über eine Milliarde Mark. Die Stadt hat zum Wiederaufbau des Hauses eine Anleihe von 600 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

**Die Minoritätenbeschlüsse der Völkerbundligen.**

Von den vierzehn Resolutionen, welche die Wiener Tagung der Eigenunion annahm, verdienen einige, sei's im guten, sei's im schlimmen, hervorgehoben zu werden, wobei wir den Ausführungen des Präsidenten der deutschen Liga in der Tschechoslowakei, Abgeordneten Dr. Wilhelm Medinger, folgen:

Die erste Resolution will den Minderheiten auch auf solche Staaten ausgedehnt wissen, die, wie z. B. Italien, noch gar keine Verträge besitzen und deren Minderheiten noch nicht das Völkerbundrecht an den Völkerbund genießen. Sie überleht nur, daß die in den Friedensverträgen enthaltenen Garantien sehr vage, sehr lückenhaft und bisher fast unwirksam sind. Sie genügen namentlich den qualifizierten Minderheiten nicht, die durch ihre absolute oder relative Zahl, die Geschlossenheit ihrer Zielsetzungen, durch ihre geschichtlichen Rechte oder ihre wirtschaftliche Bedeutung Anspruch auf weit höhere Rechte besitzen.

In der dritten Resolution scheint die Deutung der Autonomie als lokale Selbstverwaltung irrig. Sie muß durch Vetorechte oder Auzialsystem, durch Zeltionierung mancher Ämter und durch die Garantie der Teilnahme an Verwaltung und Regierung, auch in den höchsten Ämtern, ergänzt werden, denn nur dann kann sie Schutz gegen Fremdherrschaft gewähren. Neben die territoriale Selbstverwaltung muß personelle Autonomie namentlich im Erziehungswesen treten. Das geforderte lokale Verhalten als Bedingung für lokale Selbstverwaltung ist nur möglich, wenn die Mehrheiten ihrerseits Takt beweisen und offenes Spiel spielen. Die tschechoslowakische Verfassung wurde unter diesem Ausschlusse von 40 Prozent der Staatsbürger überfüllt; fabriziert und ist dem nachmals gewählten Parlamente niemals zur Ratifikation und Revision vorgelegt worden. Dieser Vorgang war absolut illegal gegen die Minderheiten und kann nicht einfach mit „Loyalität“ erwidert werden. Wenn die Mehrheit unserer Schulwesen droht, unsere Gemeindeautonomie verringert oder uns den Gebrauch unserer Sprache vor Gericht beschränkt, so beweist sie dadurch keinen guten Willen zur Kooperation. Wir können Mehrheiten nicht als loyal anerkennen, wenn sie eine protektionistische Wirtschaft treiben, indem sie unseren Arbeitern die Arbeitsgelegenheit verkümmern und die Arise unserer unerschlossenen Gebiete verschärfen, während sie ihre Industrien und Banken bevorzugen. Wir können nicht sicher fühlen, wenn man unsere Gebiete planmäßig internationalisiert, unsere Steuergelder zu einer offiziellen Propaganda gegen uns verwendet oder mindestens den Eindruck zu erwecken sucht, als ob wir gar nicht vorhanden wären.

Die vierte Resolution regt gemischte zwischenstaatliche Kommissionen zur Schlichtung von Streitigkeiten ihrer gegenseitigen Minderheiten an. Neben jene zwischenstaatlichen Kommissionen müßten auch innerhalb der Staaten vertikale Ausgleichskommissionen der Nationen treten. Bisher zielten sich die Mehrheiten zur Schaffung derartiger Kommissionen nicht geneigt, denn man hat z. B. im Prager Parlamente unseren von 117 Abgeordneten geschickten Änlichen Antrag auf Einsetzung einer sprachlichen Ausgleichskommission glatt abgelehnt.

Die siebente Resolution schlägt die Einrichtung einer ständigen Kommission beim Völkerbund zwecks rascher und wirksamer Er-

ledigung von Klagen der Minderheiten über die vor. Bei Einholung seiner Informationen über die Lage der Minderheiten ist zu wünschen, daß das Völkerbundsekretariat den Minderheiten ebenso Gehör schenkt, wie den Mehrheiten.

Den größten Fortschritt stellt die neunte Resolution dar, die das Recht, den Völkerbund mit einer Klage zu befragen, ein Recht, das bisher nur einem Conseil-Mitglied zustand, nun auch auf jedes Völkerbundmitglied, ferner auf die autonomen Gebiete sowie auf die höheren staatlich anerkannten Organe der religiösen, intellektuellen und wirtschaftlichen Verbände auszudehnen sucht und eine Frist zur Klagebeantwortung stellt.

In der zehnten Resolution werden vom Völkerbund sofortige Gegenmaßnahmen gegen die parteiische Anwendung der Agrargesetze verlangt. Die sogenannten Agrarreformen sind in gemischten Staaten wohl kaum wirtschaftlicher und sozialer Natur, bezwecken vielmehr offen oder verdeckt eine Schmälerung der Existenzbasis der Windecker durch eine Uebertragung des Besitzes auf die Mehrheiten und sind deshalb ein Hauptgrund der tiefen Unzufriedenheit.

Die elfte Resolution strebt eine höhere Zuverlässigkeit der Volkszählungen an.

Wien, 27. Juni. Die heute Vormittag stattgefundene dritte Plenarsitzung der Union der Völkerbundligen befahte sich mit den Resolutionen, betreffend die Propaganda der Wiener Völkerbundligen und den Fragen der Propaganda gegen die bayerische und tschechische herrschende Presse. In der Sitzung wurde neuerdings der Antrag der englischen Liga vorgebracht, daß der Völkerbund zur Errichtung einer Bank des Völkerbundes mit internationaler Währung aufgefordert werde, die von allen im Völkerbunde vertretenen Staaten anerkannt würde. Dieser Antrag wurde bereits in der ökonomischen Kommission abgelehnt. Heute wurde er im Plenum neuerdings vorgelegt, damit er in das Programm des nächsten Kongresses aufgenommen werde. Der ungarische Delegierte Posa-Pony brachte einen Antrag ein, daß die Union auf den Völkerbund einwirken möge, daß sich dieser mit der wirtschaftlichen Lage Ungarns und der Frage seiner Sanierung befaßt. Unter den Teilnehmern des Kongresses wurde heute ein Flugblatt der freien Republik Irland, unterzeichnet von dem diplomatischen Beurlaubten dieser Republik in Paris, Ferney, verteilt. Das Flugblatt ist scharf gegen England und gegen den Pakt, betreffend den Völkerbund gehalten.

Wien, 27. Juni. Nachmittags fand die Schlußsitzung des Kongresses der Union der Völkerbundligen statt. Es wurden Referate der ökonomischen Kommission erstattet, wovon die wichtigste Resolution diejenige betreffend die Reparationsfrage ist. Der Vorschlag der Kommission, die Reparationsangelegenheiten dem Völkerbund vorzulegen, wurde einstimmig angenommen. Dazu sprach der Belgier Kollin und sodann der Franzose Deputierter Hennessy, welcher erklärte, daß Frankreich niemals etwas anderes als Reparationen angestrebt habe und niemals die Annexion fremder Gebiete im Sinne hatte. Der deutsche Delegierte Graf Bernstorff dankte dem Deputierten Hennessy für seine verschönernden Worte, erklärte aber, daß das offizielle Frankreich niemals so zu Deutschland gesprochen habe wie Hennessy. Redner werde für die Resolution stimmen, weil darin der Abfah enthalten

ist, daß die Reparationsfrage gemeinsam mit Deutschland gelöst werde. Auf dieser Grundlage sei Deutschland bereit zu verhandeln und wolle auch weitgehende Opfer bringen. Solange aber die Diskussion andauert, sei keinerlei Verhandlung möglich. Nach Annahme dieser Resolution erklärte der Kongresspräsident Weiswärd (Schweden) diesen Beschluß als größte Tat der Union seit ihrem Bestande und beglückwünschte sie dazu. Ueber die Resolution betreffend der Abrüstung referierte Kapitän Verlelen (England). Die Resolution sehr sich für die Annahme des Vorschlages Lord Roberts Cecil über gegenseitige Garantien und rasche Abrüstung ein. Die Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen.

**Inland.**

Die gesetzlich festgelegte parlamentarische Korruption. Der „Socialista“ sagt in Besprechung des Verbandsurteils: „Die Folgen dieser Zustände sind furchtbar. Schon früher hoben wir darauf hingewiesen, daß durch ein solches Urteil die Kompetenz des Gerichtes überschritten ist, daß es rechtsunwürdig und verfassungswidrig ist. Das ganze Parlament wird in einen Zustand der Rechtsunsicherheit gebracht, denn der Wahlgerichtshof wird in ähnlichen Fällen eine gleiche Entscheidung treffen können. Was kann das nun auch bedeuten? Daß die Parteien sich zum Beispiel durch betrügerische Geschäfte Geld verschaffen und daß kein Abgeordneter dagegen aufstehen darf! Wenn er es versuchen sollte, so wird er im voraus nach Hause geschickt und solange Erfahrente berufen, bis lauter widerstandsfähige und zu allem bereite Leute gefunden sind. Der Parlamentarkorruption sind durch die Entscheidung des Wahlgerichtes, welche die Verfassung verletzt, Tore und Türen geöffnet. Aber nicht nur das; alle verfassungsgemäßen Organe werden dem Willen von fünf Leuten ausgeliefert. Auf trockenem Wege wurde bei uns eine faschistische Revolution durchgeführt. Dem italienischen Parlament wird, wenn es nicht folgen will, mit einem Ueberfall der faschistischen Garden gedroht, bei uns werden ungehorsame Abgeordnete einfach nach Hause geschickt. Die Welt wird zur despotischen Herrschaft im Staate, denn die Völkerteute haben ihre Vollzugsanschlüsse gut in der Hand. Bei der Entscheidung des Wahlgerichtes ging es nicht um vier Abgeordnete, es ging um das Recht überhaupt. Es ging um einen Bruch des Rechtes, was den Anfang der freien Korruption und uneingeschränkten Despotie bedeutete. Es ging um die Demokratie, um den Staat, um unsere ganze Zukunft.“

**Ausland.**

**Mißtrauensvotum gegen den tschechischen Ministerpräsidenten.**

Dresden, 26. Juni. Am tschechischen Landtage ist gegen den Ministerpräsidenten Dr. Zeigner ein Mißtrauensvotum wegen einer „unsozialen“ Rede eingebracht worden. Ueber das Mißtrauensvotum wird am Donnerstag abgestimmt.

Das Mißtrauensvotum wendet sich gegen eine Rede des Genossen Zeigner, die von der bürgerlichen Presse scharf angegriffen wird und die er am 16. Juni in Plagnin bei Joidou gehalten hat. Gegen die zahlreichen Unrichtigkeiten, die in den Berichten über die Rede enthalten sind, wendet sich Genosse Dr. Zeigner in einer längeren Erklärung, in der es u. a. heißt: „Ich habe nicht angeführt, die Arbeiterchaft lehne den politischen Mord ab, während die unterachende bürgerliche Schicht zu den Waffen greife.“ Ich habe vielmehr erklärt, die Arbeiterchaft habe durch Demonstration scharfe politische Unterdrückung, scharfe politische Not gelitten. Sie habe aber nicht anstands, durch Morde eine Aenderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen zu können. Nehi mache nun die bürgerliche Mittelschicht die gleiche Not durch. Viele tausend Menschen in früher auten bürgerlichen Verhältnissen seien heute mehr proletarisiert als irgend ein Arbeiter. Große Teile dieses Mittelstandes hätten unter dem Druck dieser Verhältnisse völlig das seelische Gleichgewicht verloren und sich dem ähnersten Rechtsradikalismus in die Arme geworfen. Alle Leute, die gegen Erbacher, Rathenau und Scheidemann zur Mordwaffe gegriffen haben, entstammten dieser untergehenden bürgerlichen Schicht. Das, was der Prozeß Mochhaus in München zutage gefördert habe, sei ein siltlicher Sumpf ohnealeichen.“ Ferner habe ich nicht angeführt, es sei höchste Zeit, den passiven Widerstand aufzugeben und bedingungslos zu Verhandlungen zu kommen.“ Ich habe vielmehr hingewiesen auf die Vorkschlage, die England gemacht habe und die noch meiner Auffassung die Mäßigkeit eröffnen. Frankreich an den Verhandlungen nicht zu bringen. Wenn Frankreich zum Abschluß des von England gewünschten Waffenstillstandes bereit sei, dürfte man die englischen Vorkschlände nicht ablehnen, sondern müsse verhandeln. Auf jeden Fall habe ich mich aber sehr genau wie schon in der Regierungserklärung gegen eine bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes ausgesprochen.“

**Die Labour-Parti den Kommunisten verliessen.**

London, 26. Juni. (Tsch. P. B.) In der heutigen Eröffnungssitzung der Jahreskonferenz der Arbeiterpartei wurde der Antrag der kommunistischen Partei um Aufnahme in die Arbeiterpartei erneut verworfen, u. zw. mit 2,880,000 gegen 366,000 Stimmen.

### Attentatsversuch auf Pafic.

Belgrad, 27. Juni. (Tsch. P.) Als Ministerpräsident Pafic heute um 1 Uhr nachmittags die Stupschina verließ, feuerte ein junger Mann gegen das Automobil des Ministerpräsidenten sechs Revolvergeschosse ab. Pafic blieb unverletzt. Der Attentäter wurde verhaftet. Er gibt an, Mihailo Rajic zu heißen und aus Budapest gekommen zu sein.

Belgrad, 27. Juni. Die Nachricht von dem Revolverattentat gegen den Ministerpräsidenten Pafic hat in der Stadt großes Aufsehen hervorgerufen. Der Attentäter wartete vor der Stupschina unter anderen Mitstellern und als nach 1 Uhr nachmittags Pafic die Stupschina im Auto verließ, feuerte er aus nächster Nähe gegen das Automobil. Pafic beugte sich geflüchtungsgegenwärtig vor und entging dadurch dem sicheren Tode. Durch eine zertrümmerte Fensterscheibe des Autos erlitt er nur unbedeutende Kratzer an der linken Hand und setzte ruhig die Fahrt nach Hause fort. Der Attentäter, der zu entfliehen versuchte, wurde verhaftet, wobei er sich dem Polizeigewalt widersetzte und ihn mit einem Schlag des Revolvers am Kopfe leicht verletzte. Beim Verhör gab der Attentäter an, der Sohn des seit 16 Jahren in Budapest lebenden serbischen Emigranten Rajic zu sein, wo er selbst als Bankbeamter angestellt ist. Das Attentat habe er aus persönlicher Rache verübt. Rajic ist 26 Jahre alt. In der heutigen Stupschinastrafe wurde er in entschuldener Weise der Präsident des Attentats.

### Die Verfolgung der sozialistischen Presse in Ungarn.

Budapest, 27. Juni. Der verantwortliche Redakteur des sozialistischen „Nepzava“, Abg. Johann Wanzsak, wurde heute wegen eines in der „Nepzava“ am 26. Jänner unter dem Titel „Fastenpredigt“ erschienenen Artikels aus der Feder des in Wien lebenden Sozialisten Farkas zu einem Jahre Gefängnis mit der Begründung verurteilt, daß durch den genannten Artikel zum Klassenhaß aufgefordert wird. Wanzsak hat gegen das Urteil die Berufung eingelegt.

### Bathhany verlangt, unter Anklage gestellt zu werden.

Budapest, 27. Juni. Der gewesene Minister der Karolyi-Regierung, Graf Theodor Bathhany, hat heute in der Nationalversammlung eine Petition unterbreitet, in welcher er verlangt, daß er auf Grund des Gesetzes, betreffend die Ministerverantwortlichkeit, unter Anklage gestellt wird. Er begründet seinen Schritt damit, daß die Nationalversammlung die Auslieferung des Markgrafen Pallavicini, gegen den er eine Verleumdungsklage angebracht hat, mit der Begründung ablehnte, daß die vom Markgrafen Pallavicini erhobenen Beschuldigungen, wonach Graf Bathhany an der Oberrevolution teilgenommen, mehreren Eiddruch begangen und durch seine Teilnahme am Belgrader Waffenstillstandsvertrag Ungarn seinen Feinden ausgeliefert hat, richtig seien. Er verlangt daher, vor das kompetente Gericht gestellt zu werden.

### Nach Prager Mutter.

Budapest, 26. Juni. (UAB.) Der Verleumdungsklage der Nationalversammlung hat das Mandat des Abgeordneten von Tebrécsin, Janossy, für ungültig erklärt, da er noch vor seiner Wahl von der zuständigen Kirchenbehörde wegen seines Verhaltens während der Revolution von seinem Posten als reformierter Seelforger entbunden wurde, was im Sinne der Wahlordnung einen Verlust des passiven Wahlrechtes auf die Dauer von fünf Jahren zur Folge hat.

### Antifaschistische Anruhen in Barmen.

Rom, 27. Juni. (Tsch. P.) Aus Barmen wird gemeldet: Beim Überdrehen eines von den Faschisten ermordeten Stakateurs ereigneten sich tumultöse Szenen, zu denen eine Schar Arbeiterfrauen den Ausschlag gegeben hatte. Zwei Soldaten der beschießenden Militärkräfte wurden durch Revolvergeschosse schwer verletzt. Später wurde auch ein Faschist angeschossen. Die Behörden haben 150 Personen inhaftiert.

### Das polnische Amnestiegesetz.

Warschau, 27. Juni. In der gestrigen Sejmung entwickelte sich bei Besprechung des Gesetzes über die Amnestie eine vierstündige sehr lebhafteste Debatte. Die Vertreter der Sozialisten und der radikalen Volkspartei mit Wyzolenie verlangten die Ausdehnung der Amnestie auch auf die Kommunisten.

### Polen braucht kein deutsches Kapital.

Warschau, 26. Juni. (Tsch. P.) Das ökonomische Komitee des Ministerrates beschäftigt sich gegenwärtig mit den Maßnahmen, welche geeignet wären, die Inflation des deutschen Kapitals nach Polen und insbesondere der Aktion Zinnies in Polnisch-Oberschlesien ein Ende zu machen.

## Tages-Neuigkeiten.

**Kommunistische Wahlarbeit für die Reaktion.** Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt: In Bilbao (Spanien) fanden vor kurzem Wahlen statt. Auch dort besorgten die Kommunisten mit Erfolg die Geschäfte der Reaktion. Das Organ der spanischen sozialistischen Partei „El Socialista“ schreibt darüber in der Nummer vom 11. Juni:

Die Kommunisten in Bilbao können sich glücklich schätzen. Die zwei Ziele, die sie sich beim Aufmarsch zum Wahlkampf gesetzt haben, sind erreicht. Er war ihnen genau bekannt, daß sie selbst nicht die Möglichkeit eines Sieges hatten, aber einzig und allein interessiert sie, die Wahl ihres sozialistischen Gegners unmöglich zu machen. Und wirklich, diesen Erfolg können sie buchen und können jetzt ihre Siegeslieder ausstimmen. Der sozialistische Kandidat unterlag und die monarchistische Liga, die reine Vertretung der kapitalistischen Interessen von Biscaia, siegte. Das spanische Volk verdankt ihnen dies.

Man erfährt aus diesem Blatte auch sonst reizende Einzelheiten kommunistischer Kampfmethoden. Die „El Socialista“ berichtet:

In einem Wahlbezirk des Cortese-Distrikts, in dem der Zabala-Strasse, ermordeten Kommunisten mit drei Schüssen einen wertvollen Parteigenossen, den Ernesto Garcia, Vorsitzender der Stabwerkbewerkschaftsversammlung von Censo. Ernesto Garcia gehörte der spanischen Sozialistischen Partei sozusagen seit seiner Kindheit an. Ihm konnten die Kommunisten nie vergeben, daß er als Vorsitzender der Verwaltungskommission des Volkshauses mit glühender Ausdauer stets die Rechte der Organisationen, die der Union General de Trabajadores (spanischer Gewerkschaftsbund) angeschlossen waren, verteidigte. Nun benutzten sie die Gelegenheit, um ihre Rache zu fühlen, indem sie ihn erschossen.

Wir sehen also, daß der Weg von den Hafenkreuzermethoden zu den Methoden des Sowjetismus nicht sehr weit ist. Gleich den Hafenkreuzern hassen die Kommunisten nichts so tief wie die Sozialdemokratie, gleich den Hafenkreuzern ergehen sie ihre Verleumdungen über die Sozialdemokratie und schließlich greifen sie auch zum Revolver, um Führer der Sozialdemokratie „umzulegen“.

**Kerkerstrafen für das Singen der „Internationale“.** Der Tischlergehilfe Titus Kastner gab in einer Budapester Kneipe zwei kleinen Zigeunern den Befehl, die „Internationale“ zu spielen. Die Staatsanwaltschaft erhob deshalb gegen den Tischlergehilfen, der sich mit Volkstrunkenheit verteidigte, die Anklage wegen Aufreizung und der Budapester Gerichtshof verurteilte Titus Kastner zu zwei Monaten Gefängnis und fünftausend Kronen Geldstrafe. In der Begründung des Urteils wurde betont, daß nicht nur der Text, sondern auch die Melodie der Hymne gegen die bürgerliche Rechtsordnung sehr einflößig und geeignet sei, gegen die Staatsordnung und für die Aufrichtung der proletarischen Diktatur aufzureizen. — Der Metallarbeiter Bela Hanicel hat, wie aus Budapest gemeldet wird, in betrüblichem Zustand die „Internationale“ gesungen. Er wurde deshalb vom Budapester Strafgericht wegen Aufreizung zu einem Jahr Kerker verurteilt.

**Unglücksfälle aus aller Welt.** Havas meldet aus Beking: Der kaiserliche Palast ist vollständig niedergebrannt. — Aus Kalkutta wird berichtet: Ein Teil des mohamedanischen Waisenhauses ist eingestürzt und hat 35 Pflinglinge unter sich begraben. Eine größere Anzahl der Pflinglinge wurde verletzt. — Nach einer Reutermeldung wurden bei dem Hochbahnunglück in New York insgesamt acht Personen getötet und 83 verwundet. — Aus New York meldet Havas: In Brooklyn wütete eine Windhose, die einige Opfer forderte und bedeutende Schäden anrichtete.

**Die Heuschreckenplage in Ungarn.** Wie aus Budapest amtlich mitgeteilt wird, greift die Heuschreckenplage in Ungarn immer drohender um sich. Bis 24. Juni hat sich die Zahl der durch die Heuschreckenplage infizierten Städte und Dörfer auf 84 erhöht.

**Waffenfunde in Niederösterreich.** Wie die Wiener Deutschen Nachrichten melden, wurden schon im vorigen Jahre im Rathaus der Gemeinde Purkersdorf 150 Gewehre und 12.000 Patronen aufgefunden und beschlagnahmt. Vor einigen Tagen hat nun die Gendarmerie im Theateraal des Sanatoriums Purkersdorf ein neues Waffenlager ausgebeutet. Diesmal fielen zwei Maschinengewehre und 60 Mannlichergewehre in die Hände der Sicherheitsorgane. Die Behörden haben die Untersuchung eingeleitet.

**Der Aetna beruhigt sich.** Aus Rom wird gemeldet. Die Aetna-Krater werfen nur wenig Lava aus. Das Hilfswerk wird abgerüstet. Mussolini hat angeordnet, daß die Bewilligungen zu Sammlungen für die von der Aetna-Katastrophe Betroffenen zurückgezogen werden, um dadurch die alarmierenden Gerüchte über den Umfang des Unglückes im In- und Auslande zu widerlegen. — In dem Erdbeben in Rom wird gemeldet, daß der Seismograph einen Ausschlag von einem Millimeter verzeichnete. Man schätzt die Entfernung des Bebenzentrums auf 40 Kilometer von Rom. — Der angehende italienische Vulkanologe, Professor Ottorino De Fiori aus Catania hat dem Berichterstatter eines neapolitanischen Blattes bemerkenswerte Mitteilungen über den derzeitigen Ausbruch des Aetna gemacht. Was die Schnelligkeit der Fortbewegung des Lavaströmes

anbetrifft, so gleicht sie im großen und ganzen demjenigen, die man bei den letzten Ausbrüchen beobachtet hat. So lagte beispielsweise die durch die Ausbrüche von 1910—11 ausgeworfene Lava anfangs einen Weg von über einen Kilometer in der Stunde zurück. Die Gefahr, von der die Umgebung heute bedroht wird, hängt ganz und gar von der Möglichkeit neuer Ausbrüche ab, die den gegenwärtig fließenden Strom verstärken können oder die neue Flüsse entstehen lassen. Im übrigen darf man sich über die Schnelligkeit des heutigen Lavaströmes nicht wundern, denn der vom Jahre 1910 erreichte zeitweise sogar eine Sekundengeschwindigkeit von nicht weniger als achtzehn Metern. Was die wichtige Frage der Dauer der gegenwärtigen Ausbruchstätigkeit anbetrifft, so erinnert Professor Fiori daran, daß jene vom Jahre 1614 ununterbrochen zehn Jahre anhielt, während die des Jahres 1911 zehn Tage und die von 1918 kaum acht Stunden währte. Er ist aber der Meinung, daß die gegenwärtige Ausbruchstätigkeit des Aetna nicht länger als vierzehn Tage andauern wird. — Aus Rom wurde gestern nachmittags gemeldet: Gestern früh ereignete sich eine starke Explosion auf dem Zentraltrater des Aetna, die bis nach Catania hörbar war. Man fürchtet, daß die Beobachtungsstation gelitten hat. Aus den Erdspalten, die vom Ausbruch im Jahre 1918 zurückgelassen sind, steigt leichter Rauch auf, was zu Gerüchten von einem neuen Ausbruch Anlaß gibt. Eine Studienkommission, die gestern vom Aetna zurückgekehrt ist, stellt fest, daß in den oberen Regionen noch reichlich Lava ausbricht und sich mit einer Geschwindigkeit von einem Kilometer per Stunde fortbewegt.

**Die Bevölkerung Rußlands.** Aus Moskau wird gemeldet: Nach den statistischen Daten der herrigen allrussischen Konfektion der Bevölkerung, die bisher noch nicht überall abgeschlossen ist, beträgt die Einwohnerzahl der beiden Hauptstädte 2.522.379 Personen. Bei Vergleichung mit der Volkszählung vom Jahre 1920 ist die Zahl der Einwohner von Moskau und Petersburg um 51,3 Prozent gewachsen. In den übrigen Städten ist die Gesamtzahl der Einwohner während der genannten Zeit um 1,8 Prozent zurückgegangen. Im ganzen beträgt gegenwärtig die Zahl der städtischen Einwohner 16.500.000. In den Industriestädten Zentralrußlands hat die Bevölkerungszahl zugenommen. In einigen Gouvernements, insbesondere in denjenigen, die vom Hunger bedroht wurden, ist sie zurückgegangen. Die ukrainischen Gouvernements, die vom Hunger verschont waren, haben die Zahl ihrer Einwohner auf Kosten der gefährdeten Gouvernements vergrößert. Den größten Rückgang der Bevölkerungszahl weisen die Kasanstädte der Ukraine und der Arim auf.

**Das Investitionsprogramm von Groß-Prag.** In den nächsten fünf Jahren soll, wie in der letzten Sitzung der Zentralverwaltungscommission von Groß-Prag mitgeteilt wurde, ein großes Investitionsprogramm mit einem Aufwande von 1685 Millionen in Groß-Prag durchgeführt werden. Unter anderem will man eine gemeinsame Wasserleitung und einen Ausbau der Elektrizitätswerke sowie neue Brückenbauten und eine Reihe von großen Verwaltungsgebäuden ausführen. In den Investitionsplan ist auch ein moderner Umbau und Ausbau der Prager Hochschulen mit einbezogen. Der Bau der für Prag wichtigsten Gebäude soll in kürzester Zeit in Angriff genommen werden, so daß vielleicht schon im heurigen Jahre mit dem Bau der Hälfte der im Investitionsprogramm vorgesehenen Bauten begonnen werden wird.

**Erstappte Hasardspieler.** Dienstag um 10 Uhr abends wurden im Kaffeehaus des Emil Starz in der Prager Altstadt der Gastwirt Ludwig Kanders aus Prag-Alstadt, der Handlungsgeselle Ludwig Friedl aus Prag-Dölschowitz, der Geschäftsmann Karl Stein aus Prag-Alstadt, der Geschäftsmann Wenzel Reichert aus Karolinenthal und der Postangestellte Karl Retovskij beim Hasardspiel „Gotteslegen bei Kohn“ ertappt. Das Strafverfahren wurde gegen sie eingeleitet.

**Gleichstellung der Geschlechter bei Ehecheidungsklagen in England.** Aus London wird gemeldet: Das Oberhaus hat den am 8. Juni vom Unterhause angenommenen Gesetzentwurf über die Gleichstellung der beiden Geschlechter bei Begründung von Ehecheidungsklagen mit 95 gegen acht Stimmen angenommen. Der Entwurf wird also wahrscheinlich Gesetz werden.

**50.000 Dollar für ein Ehedersprechen.** In Omaha in den Vereinigten Staaten fand vor kurzem vor dem Schwurgerichte eine interessante Verhandlung statt. Ein Fräulein Johnston klagte den Arzt Connel auf Auszahlung einer Entschädigung von 50.000 Dollar, weil ihr Connel ein Ehedersprechen gegeben, es aber nicht eingehalten hatte. Connel unterteilt mit dem Mädchen durch 15 Jahre ein Verhältnis und verstand es dann, dasselbe zu lösen. Das Schwurgericht entschied nach einstündiger Beratung, daß Connel zur Zahlung der 50.000 Dollar verpflichtet sei.

**Was verdraucht und vertrunken wird.** In der Tischgeschlossener werden jährlich zehn Milliarden Kronen vertrunken und mehr als einethalb Milliarden verdraucht. Durch die Rechen rinnen sieben Millionen Hektoliter Bier, zwei Millionen Liter Wein und eine Million Hektoliter Branntwein.

**Tod durch Blausäure.** Dienstag früh starb in Turin infolge Genusses giftiger Bläse die in der Schmecksalzfabrik wohnhafte Frau Baha. Ihr Mann, bei dem gleichfalls Vergiftungserscheinungen aufgetreten sind, mußte ins Teplitzer Krankenhaus eingeliefert werden.

**Bei der Schlachtung eines Ochsen schwer verletzt.** Der 35jährige Fleischer Bares in Prag-Weinberge wurde Dienstag bei der Schlachtung eines Ochsen von dem Tiere derart schwer am Kopfe verletzt, daß er bewußtlos mit einer Schürmerschütterung in das Krankenhaus überführt werden mußte.

## Die Hauptversammlung des Arbeitervereins „Kinderfreunde“.

fand am Sonntag, den 24. Juni in Prag statt. Die Versammlung war besucht von Vertretern aller bereits konstituierten Gauen des Vereines, ferner war Genosse Max Winter als Vertreter des österreichischen Vereines erschienen; den Parteivorstand vertrat Genosse Kremser.

Den Tätigkeitsbericht erstattete Genosse Hofbauer, der die ungemein großen Schwierigkeiten besprach, unter denen die junge Organisation zu arbeiten hat: Mangel an Kräften und Mangel an Geld, vor allem aber die Wirtschaftskrise, die es in vielen Orten den Arbeitern ganz unmöglich macht, eine Gruppe der „Kinderfreunde“ zu gründen. Die Zahl der Gruppen beträgt derzeit 37, die Zahl der Mitglieder etwa 2000. Viel größer aber ist die Zahl der Orte, in denen entweder die Parteioorganisation oder die Frauenorganisation oder der Turnverein oder die Jugendorganisation oder einige dieser Organisationen gemeinsam Kinderfreundearbeit leisten. Es sind dies eben jene Orte, deren Arbeiterschaft von der Wirtschaftskrise besonders arg heimgegriffen wurde, sodas sie außerstande sind, den Beitrag für eine neuanschaffende Organisation aufzubringen. Einige Gruppen haben sehr erfreuliche Arbeit geleistet. Horre geschaffen, in denen die Kinder sich tagsüber aufhalten, unter freundschaftlicher Führung Erwachsener, andere wieder haben Spielwiesen; groß ist die Zahl der Ausflüge und Wanderungen, die mit den Kindern unternommen werden. So jung die Organisation ist, sie leistet doch bereits Ersprießliches. — Den Kassenbericht erstattete Genosse Erbacher-Teplitz.

Dem Bericht folgte eine sehr lange, ausführliche Debatte, an der die Genossen Hermann-Teplitz, Sacher-Karlöbad, Schweitzer-Brünn, Genossin Schäfer-Reichenberg, Karl-Neustomij, Schulz-Auffig, Gold-Brünn, Kremser-Teplitz und Max Winter teilnahmen.

Genosse Jindra-Brünn berichtete namens der Kontrolle, daß Kassabücher und Belege in Ordnung befunden wurden und über seinen Antrag wurde dem Kassier besonderer Dank für seine musterhafte Arbeit ausgesprochen.

Darauf folgten die Wahlen, die folgendes Ergebnis hatten: Gustav Schweitzer-Brünn, Dobmann; Josef Hofbauer-Teplitz-Schönan, Obmannstellvertreter; Eduard Erlacher-Teplitz, Kassier; Beisitzer: Rudolf Hermann-Teplitz-Schönan, Wenzel Karl-Neustomij, Barbara Sacher-Karlöbad, Ludwig Gold-Brünn, Heinrich Kremser-Teplitz-Schönan, Elise Schäfer-Reichenberg, Ernst Paul-Teplitz-Schönan; Kontrolle: Josef Reichenauer-Brödlitz, Karl Reichelt-B.Keipa, Theodor Jindra-Brünn, Wizzi Kahan-Brünn, Josef Bauer-Wehebis, Venti Schad-Eger.

Die Generalversammlung beschloß den Beitritt zur Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Erziehungsorganisationen und regelte die Beitragsleistung in der Form, daß von jedem Mitgliedsbeitrag zehn Prozent, das sind 10 Kronen, als Beitrag an die Internationale Arbeitergemeinschaft abgeliefert und 10 Heller einem Reservefond für besondere Ausgaben zugewiesen werden. Weitere Anträge, die angenommen wurden, betreffen die Einführung einer Beilage im Blatte unserer Genossinnen, in der „Sozialdemokratin“, über die bereits mit dem sozialdemokratischen Frauenreichs Komitee eine Vereinbarung getroffen wurde, ferner die Herausgabe von Programmen für Jugend- und Kinderferien, die Beschaffung von eigener Literatur für Fortleiter, die Veranstaltung von Bildungskursen für die Fortleiter. Beschlossen wurde ferner, den Mitgliedsbeitrag für jene Jugendgenossen, die im sozialdemokratischen Jugendverbände organisiert sind, ab 1. August 1923 auf die Hälfte herabzusetzen. Den Jugendgenossen, die auch Mitglieder des Arbeitervereines „Kinderfreunde“ sind, wird ab 1. August für je zwei Monate eine Mitgliedskarte eingelebt. Angenommen wurde ferner ein Antrag, der den Vereinsvorstand beauftragt, gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand, dem sozialistischen Jugendverband, dem Arbeiterturnbund und dem Abtinentenbund bei der Regierung dahin wirken, daß für die Dauer der Assentierungen der Ausschank und Verkauf von alkoholischen Getränken verboten wird. Die in den letzten Jahren beobachteten Alkoholexzesse der Rekruten gefährden nicht nur die Gesundheit des Rekruten und die Moral der Jugend, sondern auch die der Schulkinder, die Zeugen dieser Vorfälle werden. Diese Erfahrung veranlaßte den Reichsverein zu seinem Beschlusse.

Angenommen wurde schließlich auch ein Antrag des Genossen Dr. Stern: Die Parteigenossen werden aufgefordert, an einem Sonntag im Sommer in der ganzen Republik einen Festtag der Arbeiterkinder zu halten, um für die Gedanken der Arbeiter-Kinderfreunde zu wirken. — Der Antrag entziffelte eine längere Debatte, in der sich alle Redner mit freudiger Zustimmung für ihn aussprachen. Der Tag der Arbeiterkinder soll der ganzen Arbeiterklasse, allen Arbeiterkernern zum Bewußtsein bringen, daß sie hohe und ernste Pflichten gegen ihre Kinder, gegen die Zukunft der Kinder haben. Er soll die Arbeiterkinder für einen Tag lang in den Mittelpunkt des Denkens, der Aufmerksamkeit aller Arbeiter stellen. Der Vereinsvorstand wurde beauftragt, rechtzeitig die Vorarbeiten so zu treffen, daß dieser Tag der Arbeiterkinder im nächsten Spätsommer oder zu Beginn des nächsten Sommers veranstaltet werden kann, gemeinsam mit der Partei und den übrigen Arbeiterorganisationen.

Genosse Max Winter aus Wien übermittelte hierauf der Versammlung die Grüße nicht nur des österreichischen Brudervereines, sondern auch der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Erziehungsorganisationen. Die Schaffung dieser Internationale zeigt die wachsende Erkenntnis der Wichtigkeit der Erziehungsprobleme im Proletariat. Noch sind wir zusehends im Latente, aber wir haben bereits erkannt, daß wir der Massenerziehung durch die Schulen des bürgerlichen Staates entgegenstellen müssen unsere Erziehung, und diese Erkenntnis wird immer mehr Gemeingut der Arbeiter in allen Nationen. Ausführlich beschäftigte sich Genosse Max Winter dann mit den Grundzügen sozialistischer Erziehung, zeigte, was der österreichische Verein bereits geleistet, wie ungeheuer wertvoll seine Arbeit für das proletarische Kind ist. — hat doch dieser Verein bereits 90.000 Mitglieder in 300 Organisationen und kann somit durch diese Sammlung proletarischer Kräfte Großes, Bleibendes leisten! Die Erfahrungen des österreichischen Vereines werden auch uns zur Verfügung stehen, jedoch wir nicht müßig uns von Fehler zu Fehler durchdringen müssen zur Erkenntnis des Richtigen, sondern gestützt auf die Erfahrung, auf den Rat und die Hilfsbereitschaft unseres österreichischen Bruderverbandes und die Internationale die Entwicklung zur nachvollständigen sozialistischen Erziehungsorganisation rascher werden durchschreiten können, als der österreichische Verein. Die Partei hat die Wichtigkeit der Arbeit für das Kind erkannt, sie weiß, daß alles, was an Fürsorge und an Erziehung im Geiste des Sozialismus getan wird, Arbeit ist für die Zukunft unserer Klassenbewegung, für die Zukunft des Sozialismus, und darum steht uns auch uneingeschränkt die Hilfe der Partei zur Verfügung. Wird auch unser Aufstieg gehemmt durch die Krise: die Schwierigkeiten werden überwunden werden, wenn sie uns zu besonderer Arbeit anspornen.

Die schönen Worte des Genossen Max Winter wurden mit allgemeiner freundlicher Zustimmung aufgenommen. Die Generalversammlung wurde hierauf vom Vorsitzenden Genossen Hofbauer mit einem herzlichen „Freundschaft“ geschlossen.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Der österreichische Gewerkschaftskongress.

(Wienbericht.) Zu Beginn der heutigen Sitzung verlas der Vorsitzende eine Zuschrift des sogenannten „Revolutionären Blokes“ in den Gewerkschaften, unter welchem Namen sich die Kommunisten verbergen. Da die Kommunisten auf dem Kongresse unvertreten sind, stellen sie in der Zuschrift eine Reihe von Forderungen. Vor allem verlangen sie, daß der Gewerkschaftskongress der Gewerkschaftskommission die Ansbildung über ihr unpolitisches Verhalten anspreche, weil sie ein Schreiben des „Revolutionären Blokes“, in welchem dieser die Einheitsfront für die Arbeiterchaft forderte, unbeantwortet gelassen habe. Weiters verlangt der „Revolutionäre Block“ einen engeren Zusammenhang mit Sowjetrußland zum Kampfe gegen die Reaktion. Am Verlaufe der Sitzung belanien die Kommunisten die richtige Antwort durch Domes und Stein, die diese kommunistische Mundebeugung juristisch und unter dem Beifall des Kongresses der Gewerkschaftskommission, und namentlich ihrem Sekretar Hueber ihr volles Vertrauen aussprachen. Begeistert der Einheitsfront erklärten sie, daß diese in den Gewerkschaften gegeben wäre, wenn die Kommunisten mit verzweifelten Anstrengungen machten, dies zu verschlagen. Uebrigens sei die Gruppe, die hinter dem „Revolutionären Block“ steht, bedeutungslos, da sie nicht einmal so viel Stimmen aufbrachte, um einen Delegierten zum Kongress entsenden zu können. Als Gen. Stein verlas, in welcher Weise die „Kote Fahne“ über den Kongress berichtet, indem sie nämlich nichts anderes zu erzählen wußte, als daß die Delegierten an weitgedeckten Tischen saßen und Würstel aßen, brach der Kongress in stürmische Zwischen- und Plurale aus, so daß der Berichterstatter der „Koten Fahne“, der auf der Galerie saß, wegen der ungeheuren Erregung den Saal verlassen mußte.

Während der heutigen Verhandlung hatten sich wiederholt größere Gruppen von Arbeitslosen vor dem Gebäude angehäuft, die offenbar von den Kommunisten angestiftet, zum Kongresse vorgelassen zu werden, verlangten. Dies wurde ihnen schließlich bewilligt und sie schickten eine Reihe von Vertrauensmännern in den Saal, von denen auch einer das Wort ergriff. Dieser schilderte die Not der Arbeitslosen, worauf ihm vom Gen. Domes sargelegt wurde, was die Gewerkschaften für die Arbeitslosen bisher getan haben und wie sich auch der Kongress für die Arbeitslosen einsetze. Die Vertreter der Arbeitslosen nahmen dann als Gäste an den Kongressberatungen teil.

In der heutigen Sitzung wurde die Debatte über den Programmpunkt „Sozialpolitik in Oesterreich“ erledigt, worauf Domes über „Organisationsfragen“ referierte. Zum Schlusse seiner Ausführungen beantragte er eine Resolution, die die Entwicklung zu Industriegruppenorganisationen verlangte. Die Debatte über das Referat und die Resolution wurde heute noch nicht beendet und wird morgen fortgesetzt werden.

Eine Konferenz der Handschuhmacher des oberen Erzgebirges fand vergangenes Sonntag in Abergheim statt. Außer den Ortsgruppenvertretern waren auf dieser Konferenz vertreten: der

Verband der Bekleidungsarbeiter durch Adolf Palme (Karlsbad), die Kreisgewerkschaftskommission Karlsbad durch Plob, die tschechische „Union der Handschuhmacher“ durch Vesely (Prag) und die reichsdeutsche Bruderorganisation durch Ziernkopf. Außerdem wohnten der Konferenz eine Anzahl Gäste aus Abergheim und Bäringsen bei. Nach einem Lieberworte des Arbeitergesangsvereines „Vorwärts“ begrüßte der Vorsitzende Gen. Heinrich, die erschienenen Vertreter und Gäste, worauf zur Tagesordnung geschritten wurde. Zum ersten Punkt: „Berichte der Ortsgruppen“ erstatteten die Delegierten die Gruppenberichte, die feststellten, daß die gegenwärtige Lage des Berufes, sowie der Stand der Organisationen zufriedenstellend sei. Ueber „Die allgemeine Lage in der Handschuhindustrie“ referierten die Gen. Vesely (Prag) und Ad. Palme (Karlsbad). Die Referenten stimmten darin überein, daß, wenn auch die gegenwärtige Lage in der Handschuhindustrie wohl eine gute sei, man keinen Augenblick unausgenützt verstreichen lassen darf, um ständig für den Ausbau der Organisationen zu wirken, damit die Organisationen stets schlagbereit und gerüstet dastehen. In die Referate, die beifällig zur Kenntnis genommen wurden, entspann sich eine lebhaftige Debatte, in die auch die Vertreter der befreundeten Organisationen eingriffen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme. Beim dritten Punkt: „Verbandsangelegenheiten“ wurden vornehmlich organisatorische und Unterstützungsfragen besprochen. Der vierte und fünfte Punkt der Tagesordnung „Lehrlingsfragen“ und „Allgemeines“, und hier speziell die Frage des „Arbeitsnachweises“ und der „Seimarbeit“ löste lebhaftige Debatten aus, doch konnte auch in diesen Fragen Einmütigkeit erzielt werden. Damit war die Tagesordnung erschöpft und Gen. Palme konnte in seinem Schlussworte mit Recht darauf hinweisen, daß die Konferenz eine reiche Fülle von Arbeit erledigt hat, die dazu dienen wird, die Organisation der Handschuhmacher ein Stück nach vorwärts zu bringen. Genosse Heinrich schloß hierauf mit einem Appell an die Teilnehmer, sich noch mehr in den Dienst der Organisationen zu stellen, die sehr anregend verlaufene Konferenz. Mit einem Gelangensvortrag des Arbeitergesangsvereines schloß die Konferenz.

**Kündigung durch Anschlag am schwarzen Brett** ist durch ein Urteil eines reichsdeutschen Gewerbegerichtes als unzulässig und rechtlich unwirksam erklärt worden. In der Begründung wird, wie die Soziale Praxis meldet, gesagt, daß die Anschlagstafel nur zu Bekanntmachungen dient, eine Kündigung sei jedoch unabhängig von der Zahl der zu Entlassenden nicht als Bekanntmachung anzusehen. Auch könnte eine solche Kündigungsform den betreffenden Arbeitnehmer wirtschaftlich schädigen. Dem einzelnen muß persönlich mündlich oder schriftlich gekündigt werden. Denselben Standpunkt hat bei uns das Gewerbegericht Auffig in einem Falle vertreten, als ein erkrankter Arbeiter durch Anschlag in der Fabrik entlassen wurde. Dagegen hat sich das Bergbau-schiedsgericht Brunn, wie ein Urteil aus jüngster Zeit in der gleichen Angelegenheit beweist, sich diese Ansicht noch nicht zu eigen gemacht.

**Zur Urlaubsfrage der Bergarbeiter im nordböhmisches Braunkohlenrevier.** Von einzelnen Zechen des nordböhmisches Braunkohlenreviers berichten die Betriebsräte, daß die Betriebsleitungen in Rundnachrichten an die Belegschaften mitteilen, daß den beurlaubten Arbeitern nur für jene Tage, an denen tatsächlich gefördert wird, die Urlaubsschädigung gewährt wird. Was die Betriebsräte und die Arbeiter auf diese Rundnachrichten antworten sollen, wurde bereits in Nr. 23 des „Glück auf!“ verlaubar. Ebenso wurden die Arbeiter über die von den sozialistischen Verbänden eingeleiteten Schritte informiert.

**Verbandsrat der Glasarbeiter.** Der Verband der Glasarbeiter beruft für den 22. und 23. Juni 1923 nach Auffig seinen zweiten ordentlichen Verbandsrat ein. Als provisorische Tagesordnung wird in Vorschlag gebracht: 1) Eröffnung, Begrüßung und Konstituierung des Verbandsrates; 2) Berichte des Vorstandes, des Sekretärs, des Kassiers, der Revisoren und über die Fachpresse; 3) Betriebsausschüsse; 4) Statutenänderung; 5) Neuwahlen; 6) Allfälliges.

**Zum Zusammenbruch der Deutschen Bank in Reichenberg.** Die Bilanz der vor kurzem zusammengebrochenen Deutschen Bank in der Tschechoslowakei wird soeben veröffentlicht. Was sie bezeugt, zeigt, daß in den deutschen verstaatlichten Banken in ebenso skandalöser Weise gewirtschaftet, dort die Gelder unzähliger armer Einleger verwirrwirrt wurden, wie in den tschechischen Kreditinstituten, die heuer das Zeitliche segneten. Da wie dort sind Einleger um ihr oft bitter erworbenes Geld einfach betrogen worden. Der Bilanzbericht spricht natürlich nicht alles aus, aber was er nicht verschweigt, läßt zur Genüge erkennen, wie kontroll- und fraudulös hier zum Schaden der ausnahmsweise deutschen Bevölkerung „gearbeitet“ wurde. Die Ursachen des Zusammenbruchs sind, dem Berichte zufolge, in einer Reihe von Umständen zu suchen: in den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen, vor allem aber in der Unfähigkeit, Leichtfertigkeit und in der un-reellen Sebarung der leitenden Beamten dieses Institutes. Die Bank wurde ins Leben gerufen in der Voraussicht, daß das Eigenkapital, mit dem sie ihre Tätigkeit beginnen wollte, die Höhe von etwa 30 Millionen erreichen werde. Das war aber nicht der Fall. Statt der erwarteten 30 Millionen wurden bloß etwa 3,5 Mil-

lionen eingezahlt; eine große Anzahl von Zeichnungen wurde überhaupt nicht eingelöst. Von diesem eingezahlten Kapital von 3,5 Millionen gingen noch die Gründungsbesen ab, so daß bei der Aufnahme des Geschäftsbetriebes bloß 3 Millionen zur Verfügung standen, die zum nicht geringen Teil von den Kosten der Erwerbung zweier Baugruben in Reichenberg und Teplitz verschlungen wurden. Trotzdem wäre es vielleicht einer tüchtigen und erfahrenen und zugleich ihrer Verantwortung sich voll bewußten Direktion gelungen, das Unternehmen emporzubringen. In der Filiale Teplitz hat der leitende Beamte namens Hoffmann in so leichtfertiger Weise Kredite gewährt, daß diese Filiale allein an uneinbringlichen Forderungen 1.440.000 Kronen und an dubiosen Forderungen 503.000 K aufweist. Hoffmann ist tüchtig und heute unauffindbar. Die Hauptanstalt Reichenberg selbst weist an uneinbringlichen Forderungen einen Betrag von 234.000 Kronen auf. Dieser Fehlbetrag resultiert zum großen Teile aus einem Börsenverluste von 148.000 K, den der damalige leitende Direktor der Bank, namens Pausner, erlitten hatte, als er ohne Deckung und ohne Wissen des Verwaltungsrates an der Börse spekulierte. Uneinbringliche Forderungen betreiben auch noch bei den Filialen Aßch (166.000 K) und Znaim (61.000 K). Sie resultieren gleichfalls aus leichtsinniger Kreditgewährung und Ueberschreitung der Vollmacht. Weitere Verfehlungen begingen drei Znaimer Beamte, die der Bank am 31. Dezember 1922 aus verfehlten Börsenspekulationen 100.000 K schuldeten. Ferner der Oberbuchhalter und Prokurist der Bank Wolf, der auf Kosten der Bank an der Börse 200.000 Kronen verspielte. Damit ist aber das Register der Deutschen Bank-Verrückten noch lange nicht zu Ende.

**Herabsetzung der Einfuhrgebühren für einzelne Baumwollwaren.** Das Handelsministerium hat die Einfuhrgebühren für Baumwoll-Feinwaren, welche zur Weiterverarbeitung im Inlande bestimmt sind, herabgesetzt.

**Das Wachstum der Gewerkschaften Deutschlands.** Der deutsche Metallarbeiterverband, die größte Gewerkschaft der Welt, stellt zu den acht Millionen organisierter Metallarbeiter 1.624.000 oder 20,5 Prozent bei. Im vorigen Jahre ist trotz der schweren Wirtschaftspolitischen Krise diese Zahl um 37.500 gestiegen. Die Einnahmen betragen im verfloffenen Jahre zweieinhalb Milliarden Mark, wozu noch 800 Millionen der Losaltassen kommen. An Unterstützungen wurden 531 Millionen ausbezahlt, für die vier Verbandsblätter wurden 185 Millionen ausgegeben.

### Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Südtisch	Schw. Frank	16. 9'50
Berlin	Mark	4600.00
Wien	östr. Kr.	2127.00

### Prager Kurse am 27. Juni.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1303 00	1307 00
10.000 Mark	182 50	232 50
100 belg. Frank.	173.75 00	175.25 00
100 schweiz. Frank.	590.25 00	592.75 00
1 Pfund Sterling	153.12 50	154.62 50
100 Lire	146.25 00	147.75 00
1 Dollar	31.25 00	31.50 00
100 franz. Frank.	203.25 00	204.75 00
100 Dinar	37.25 00	37.75 00
10.000 maghar. Kronen	35.00 00	40.00 00
10.000 poln. Mark	2.60 00	3.40 00
10.000 öherr. Kronen	4.45 50	4.95 50

### Züricher Schlusskurse am 27. Juni.

	Gold	Ware
Paris	34.20 00	34.35 00
London	25.86 00	25.88 00
Berlin	0.60.33 00	0.60.38 00
Wien	24.70 00	24.80 00
Holland	219.75	220.25
Wien	0.00.78 00	0.00.79 40
Budapest	0.06 00	0.07 00
Prag	16.78 00	16.81 00
New York	5.60 50	5.61 87
Belgrad	6.20 00	6.30 00
Warschau	0.00.55 00	0.00.60 00

**Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,**  
Tischlergasse 6, 1002  
empfehlen sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktoren, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Selbmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

**Schutz der Republik.**  
Erläuterung des Gesetzes v. 19. März 1923.  
Im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erschienen. 72 Seiten Hart.  
Das Buch enthält den gesamten Text des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 19. März 1922 und zu jedem Paragraphen eine ausführliche juristische Erläuterung. Weiter enthält das Buch den vollständigen Text des Gesetzes über das Staatsgericht vom 19. März 1922.  
In beziehen durch alle Buchhandlungen zum Preise von 10.-. Für organisierte Arbeiter ist das Buch durch die zuständige Bezirksorganisation oder das  
**Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Teplitz-Schönau, Sellenstr. 1**  
zum Preise non 8 4.— zu beziehen. 1723

**Kunst und Wissen.**  
Neues Theater. Heute Donnerstag Abschied Louis Kling „Die Bajadere“; morgen Freitag 3. Gastspiel Chamlee „Rigoletto“; Samstag Abschied „Frasquita“; Sonntag Mozart-Infus III „Don Juan“.  
Kleine Bühne. Heute Donnerstag „Kontsch Guderl“; morgen Freitag „Die kleine Sänberin“; Samstag und Sonntag abends Gastspiel Sanyara „Leonore“; Sonntag nachmittags „Die kleine Sänberin“.

**Aus der Partei.**  
Bezirkskonferenz Reichenberg. Sonntag, den 1. Juli, nachmittags 2 Uhr, findet in der Vereins-halle, Reichenberg, die Bezirkskonferenz statt. — Die Bezirkskonferenz Wigtahl ist für Sonntag, den 1. d., vormittags 9 Uhr, im Arbeiterheim in Wagstadt anberaumt.

**Bereinsnachrichten.**  
Verband sozialistischer Lehrer und Erzieher in der Tschechoslowakischen Republik (Sitz Teplitz-Schönau). Allen Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die Einladung zum Verbandstag (Sonntag-Nummer des „Sozialdemokrat“) abgeändert werden mußte. Unsere Zusammenkunft erfolgt schon am Freitag, den 29. Juni in Teplitz-Schönau, Langegasse, Kaffee „Zentral“, um 1/10 Uhr vormittags. Eingeladungen an die Bezirksvertrauensmänner sind bereits ergangen. Teilnahme ist dringend nötig!

**Turnen und Sport.**  
Prager Wettspiele. Freitag: Meisterschaft 1. Kl.: Slavia gegen Viktoria Vinohrad, Viktoria Nizow gegen OHC. Freundschaftsspiel Sparta lomb. gegen Star, Olympia Jubiläumsturn. — Samstag: Slavia Ref. gegen DFC. Erf. am DFC-Platz. — Sonntag: Meisterschaft 1. Klasse: Sparta gegen AFM. Kolín, Brno gegen Slavia VIII, OHC gegen Malostranský. — Das Wettspiel Sparta gegen Union-Oberhöhenweide, das gestern hätte stattfinden sollen, mußte abgesetzt werden, da Union vom DFB nicht die Spielerelaubnis erhielt und das Wettspiel Dienstag abends abtelegraphiert hatte. — Das in Fredrikstad: ausgelegene Retourländerspiel Schweiz gegen Norwegen ergab einen sicheren Sieg der Schweizer mit 2:0 (0:0). Die Torhütern waren Abgallen und Hferbach.  
DFC-Prag spielt morgen halb 6 Uhr am DFC-Platz gegen ASR. Pardubice. — Sonntag in Renttau gegen Brunn. Entscheidungsspiel um die Ligameisterschaft des DFB.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**  
Distanzmarck Prag — Rejnsh 30 Kilometer. Einen hervorragenden Erfolg hatte das vom Bedestriansklub, Prag, veranstaltete Wettgehen, in dem der von Stehofer (Sicherheitsmache) gehaltene tschech. Rekord auf dieser Strecke nicht nur vom Berliner Müller, sondern auch von Bojisch Elja (Bedestriansklub) geschlagen wurde. Bemerkenswert ist daß bei diesem Wettgehen der größte Teil der Teilnehmer den echten Palma Kautschuk Abtag trugen und die nicht gerade über eine hervorragende Strecke führende 30 Kilometer führende Strecke ohne jedes ersichtliche Zeichen von Ermüdung bei tadelloser Fuhndition zurücklegten. Nicht übersehen werden darf, daß der größte Teil der Sieger diesen Abtag trug und sich außerst lobend über die Elastizität und hervorragende Qualität desselben aussprachen, der trotz härtester Beanspruchung nicht die geringste Spur von Abmüdung zeigte. 1890 a

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckgesellschaft, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: C. Holik.

**Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten**



**Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt**  
**Gärtner & Co., Bodenbach a. E.**  
G. m. b. H.  
Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Gess- und Girkmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 200.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postsparkasse Nr. 127. 603